

## Offener Brief: Bürgernahe Kommunalpolitik? Geht das?

Ja, das geht. Fast 9 Monate hat es gedauert, bis für die Anwohnenden der Fontane-, Raabe- und Stormstraße in Teltow-Seehof in Sachen Straßenbaumaßnahmen eine Lösung gefunden wurde. Am 20.05.2021 gab es auf Druck der Anwohnenden der drei Straßen eine Bürgerversammlung, in der durch die Verwaltung mitgeteilt wurde, dass sich die im Juni 2018 dargestellte Kostenschätzung für den Ausbau der drei Straßen um fast 100% auf 800.000 Euro verteuern wird. Statt einer vierstelligen Summe würde die Kostenbeteiligung der Anwohnenden nun bei 5stelligen Beiträgen liegen. Weder eine Erklärung, was genau zu dieser Steigerung führte noch ein Bedauern, dass man uns darüber nicht in Kenntnis gesetzt hat, war von Seiten der Stadtverwaltung zu vernehmen.

Wir begannen mit Recherchen in alten Unterlagen, holten gutachterliche Bewertungen und Rechtsberatungen ein, die Presse war vor Ort und berichtete über die Thematik und und und...

Wer nicht im Thema steht, kann schwer verstehen, warum für seit 80 Jahren bestehende Straßen Kosten für Baumaßnahmen von 90% auf die Anwohnenden umgelegt werden, wo doch Straßen zum Allgemeingut zählen sollten, weil sie jeder benutzen kann.

Als Anwohnende schlossen wir uns zu einer Bürgerinitiative zusammen, die inzwischen über die Grenzen des Straßenkarrees hinaus mehr als 400 Unterstützende zählt, und führten viele intensive Gespräche mit den Fraktionen der SVV Teltow. Parallel dazu suchten wir mehrfach das Gespräch mit dem Bürgermeister. Lediglich ein Termin wurde von Seiten der Verwaltung am 15.09.2021 realisiert, der ergebnislos und ohne Verbindlichkeiten für ein etwaiges Vorgehen verhallte.

In einen konstruktiven Austausch auf Augenhöhe mit den Zuständigen in der Verwaltung einzutreten, blieb illusionär. In zahlreichen Momenten vermissten wir den von Respekt geprägten Umgang mit uns. Nachfragen versandeten oder wurden häufig nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit beantwortet. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum sich Bürgerinnen und Bürger nicht mehr mit kommunalen Sachverhalten befassen mögen.

Einen Schritt vorwärts und zwei wieder zurück. Aber wir blieben beharrlich und suchten weiter das kommunikative Miteinander bis in der letzten SVV am 09.02.2022 ein erneuter Antrag, eingebracht von der Fraktion FDP/LTR, mit 17:11 bei einer Enthaltung angenommen wurde. Diese Entscheidung hat eine maßnahmenbezogene Satzung für die drei Straßen zur Folge. Die Stadt trägt nun 25% der Kosten und es wurde – und das ist neu – ein „Kostendeckel“ eingezogen. Da diese lange Auseinandersetzung nun ihr Ende fand, möchten wir uns bei all denen bedanken, die uns unterstützten. Herr Dr. Wolf und Herr Kasdorf (Fraktion BfB/ Freie Wähler) brachten immer wieder neue gedankliche Ansätze ein und vernetzten uns mit ähnlichen kommunalen Vorgängen. Konstruktiv und zielführend waren die Gespräche mit den Mitgliedern der Fraktion GRÜNE/ LINKE. Ein besonderer Dank gebührt Herrn Simon Behling (Vorsitzender der Fraktion GRÜNE/ LINKE), der unseren Weg durch seinen politikwissenschaftlichen Hintergrund eng in den vielen Gesprächen und Videokonferenzen begleitete sowie hartnäckig bis zum Schluss mit an einer Lösung arbeitete. Ebenso schätzten wir die stete Bereitschaft von Herrn Eberhard Adenstedt (freies Mandat) zielorientiert mit uns zusammenzuarbeiten. Schlussendlich bedanken wir uns bei der Fraktion FDP/ LTR, die in den letzten Wochen den beispielhaften Gedanken der Deckelung darstellten. Herr Mirko Schlossarczyk (FDP) hatte in dem zuvor gebauten Straßenkarree miterlebt, wie die Schlussrechnung nochmal um 40% hochschnellte als zuvor prognostiziert. Hans- Peter Goetz und Mirko Schlossarczyk (beide FDP) formulierten den Antrag für die SVV am 09.02.2022 und brachten ihn fraktionsübergreifend ein, in dem GRÜNE/ LINKE, BfB/ Freie Wähler und Herr Adenstedt mitzeichneten. Mit dieser Lösung sind die Anwohnenden vor erneuter Kostensteigerung geschützt, falls die Planungen der Stadt im Verlauf der Baumaßnahmen von der Realität abweichen sollten. Wertschätzende Gespräche, gegenseitige Akzeptanz und die Bürgeranliegen ernst nehmen – auch das ist Kommunalpolitik und macht wieder etwas Mut. Danke - sagt die Bürgerinitiative „Seehof wehrt sich“